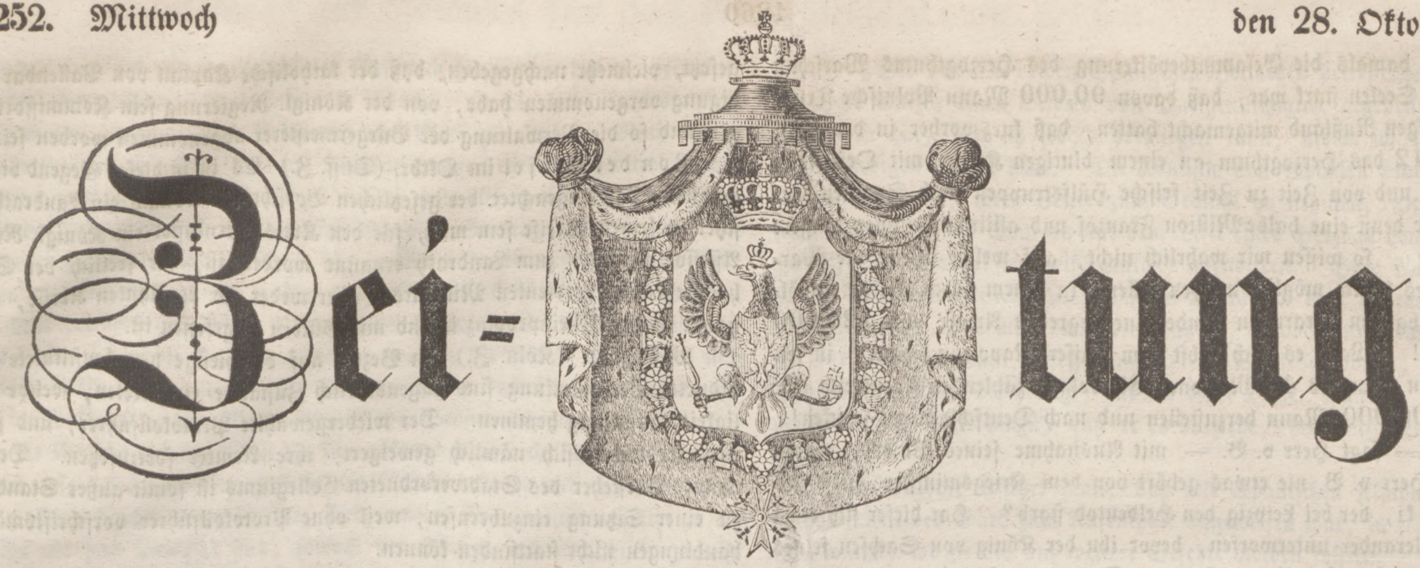
№ 252. Mittwoch den 28. Oktober 1846.



des Großherzogthums Posen.

Druck und Verlag der Hof=Buchdruckerei von W. Decker & Comp. Verantwortlicher Redakteur: G. Müller.

Inland.

Berlin, den 26. Okt. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Land=Baumeister Erbkam in Berlin den Rothen Adler=Orden vierter Klasse; so wie dem Kassenboten Brennekam zu Königsberg in Preußen das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Der Justiz-Kommissarius und Notarius Stepphuhn zu Fischhausen ist nach Sensburg, im Departement des Oberlandesgerichts zu Insterburg, versetzt worden.

(Die Russomanie. Audiatur et altera pars.) * Posen den 27. Okt. Unter dem Titel: „Die Russomanie im Großherzogthum Posen", ist kürzlich eine kleine, nur 13 Seiten umfassende Schrift von Eugen von Breza in Französischer Sprache bei Schröder in Berlin erschienen. Von gehässiger Tendenz — denn Herr v. Breza klagt seine eigenen Landsleute an — inhaltarm und von auffälliger Unkenntniß der vaterländischen Geschichte zeugend, würde dies Schriftchen füglich unbeachtet bleiben können, wenn nicht die Deutschen Tagesblätter ihm eine gewisse Wichtigkeit beigelegt und dem Verfasser unverdientes Lob gespendet hätten. Aus diesem Grunde allein finden wir uns bewogen, die Schrift etwas näher zu beleuchten, um jeden Leser von ihrem gänzlichen Unwerthe zu überzeugen.

Herr v. Breza bemüht sich zunächst zu beweisen, daß der Poln. Adel seit dem J. 1791 bei allen Anstrengungen zur Wiederherstellung der Selbstständigkeit Polens doch immer darauf bedacht gewesen sei, den Bauernstand in der alten unterdrückten Lage zu belassen, und lieber das eigene politische Daseyn habe aufgeben wollen, als den Herrenrechten über die Bauern des Landes zu entsagen. Um seine Behauptung zu belegen, geht Herr v. Breza die verschiedenen Phasen der Poln. Geschichte seit 1791 durch, geräth dabei aber — was freilich einem Scribenten ohne gehörige Sachkenntniß und kritisches Urtheil immer begegnet — auf Abwege und sagt Ungereimtheiten, durch die er sogar (wie wir weiter unten zeigen werden) seinen eigenen Vater, einen ehrwürdigen Greis, blos stellt. Dem unklaren Raisonnement des Herrn v. Breza zu folgen und alle Unrichtigkeiten in seinem Büchlein aufdecken zu wollen, wäre eine gar mühsame und jedenfalls undankbare Arbeit; wir begnügen uns daher, nur einige Stellen derselben näher zu beleuchten:

„Im Jahr 1791, sagt Herr v. Breza, hat die Konstitution vom 3. Mai ein die Bauern betreffendes Gesetz ergehen lassen, welches, was Niemand in Abrede stellen könne, edelmüthige Grundsätze bekunde. Dem Bauernstande war aber nur der geringere Theil der Mitglieder des Reichstages günstig gesinnt, der größeren Mehrheit war die Konstitution vom 3. Mai nicht ein Werk der Wiedergeburt Polens, sondern nichts mehr und nichts weniger als eine diplomatische Demonstration, um die Sympathieen Frankreichs und Englands für sich zu gewinnen. Eine dritte Fraktion des Reichstags, die Konföderirten von Targowica, sprachen ihre Absichten in Betreff des Bauernstandes unverholen aus und wollten lieber selbst Sklaven Rußlands werden, als ihre eigenen Sklaven verlieren." So Hr. v. Br. Aber wie ungereimt ist sein Raisonnement und welche Unkenntniß der Geschichte legt er an den Tag! Zunächst müssen wir hier auf den innern Widerspruch aufmerksam machen, daß nur die Minderzahl der Reichstagsmitglieder dem Bauernstande geneigt gewesen sei, und daß doch bei der Abstimmung das Gesetz zu Gunsten der Bauern nicht nur mit großer Majorität, sondern fast einstimmig angenommen wurde! Dann ist es doch in der That ungereimt, daß der Polnische Reichstag die Absicht gehabt haben soll, durch die Constitution vom 3 Mai, die eine Erbmonarchie eingeführt wissen wollte, die Sympathien der Franzosen im Jahre 1791, wo sie alle monarchischen Institutionen mit Feuer und Schwert ausrotteten, zu gewinnen! Wo hat endlich Hr. v. Breza gelesen, oder von wem erfahren, daß die Conföderirten von Targowica Mitglieder des Reichstags vom Jahre 1791 gewesen und eine troisième partie de l'assemblée bildeten? Gesetzt aber auch, sie waren Mitglieder des Reichstags, so haben sie doch wahrlich nicht deshalb sich Rußland in die Arme geworfen, um nur ihre Bauern als Sclaven behalten zu können, sondern lediglich aus Widerwillen gegen die Constitution vom 3. Mai, weil diese eine Erbmonarchie in Polen einführen wollte. Ist es Herrn v. B. denn unbekannt, daß mehrere der Conföderirten sich sogar offenkundig zu Gunsten der Bauern ausgesprochen, und daß z. B. Johann Suchorzewski einer der größten Verfechter der Freiheiten der Städte und des Bauernstandes war? Will Herr v. Breza sich belehren und die Verhältnisse zwischen Bauer und Edelmann in der ehemaligen Republik Polen kennen lernen, so empfehlen wir ihm die Lektüre der werthvollen Schrift eines unparteiischen und gelehrten Deutschen, unter dem Titel: „der Bauer in Polen" von Herrn von Grävenitz. Aus diesem Buche wird er ersehen, daß der Bauerstand in Polen damals nicht viel schlimmer daran war, als in Deutschland, und ungleich besser, als in Rußland und Oesterreich.

Von der Constitution vom 3. Mai springt Herr v. Breza auf Napoleon über. „Bonaparte — sagt er — kam mit seinen siegreichen Cohorten und seinen philanthropischen Lügen nach dem damaligen Südpreußen, und erließ hier, um Kanonenfutter und Proviant zu erhalten, am 22. Juli 1807 eine Proclamation, wodurch die Sclaverei aufgehoben wurde, die aber seit der Preußischen Besitznahme hier gar nicht mehr bestand.*) Das wußten die Polnischen Höflinge in der Umgebung des glücklichen Kriegers freilich gar wohl, aber da gab es Epaulettes, Dotationen und Popularität zu gewinnen, und deshalb schaarten sie sich um die dreifarbige Fahne mit einem Enthusiasmus, der ans Lächerliche grenzte." — Also Männer, wie Joseph Poniatowski, Malachowski, Potocki, Ostrowski, Wybicki, Woronicz, Staszyc und hundert Andere schaarten sich um Napoleon, um Epaulettes, oder Dotationen zu gewinnen! — Stanislaus Breza, Vater des Verfassers, war einer der ersten, die sich um Napoleon sammelten, denn er gehörte zu den Deputirten, welche die Polen im Jahre 1807 (Ende 1806?) nach Berlin sandten; — bewarb er sich etwa auch um Epaulettes und Dotationen bei dem glücklichen Sieger? — Was würden wohl die Söhne und Enkel der edlen Krieger Deutschlands dazu sagen, wenn ein obscurer Schriftsteller aus ihrer Mitte sich nicht entblödete zu behaupten: die Helden York, Blücher, Scharnhorst, Bülow, Kleist und viele Andere hätten im Jahre 1813 den Kaiser Alexander nur deshalb umringt, um von ihm Epaulettes, Dotationen ꝛc. zu erhalten? — Die Antwort auf diese Frage überlassen wir ruhig unsern Lesern.

Im weitern Verfolge seiner Schrift behauptet Herr v. B. „Kaiser Alexander habe die Polen während seines Aufenthalts in Wilna durch Zuvorkommenheit dergestalt für sich eingenommen, daß man die Franzosen kalt empfing und beim Ausrüsten der Truppen sich zwar Obersten, Adjutanten und Musiker einfanden, die Soldaten aber beim Apell ausblieben." An dieser Behauptung ist nicht eine Sylbe wahr! Herr v. B. schlage die damaligen Wilnaer und Warschauer Zeitungen auf, und er wird lesen, daß die Franzosen im Jahre 1812 in Wilna mit eben dem Enthusiasmus aufgenommen wurden, wie im Jahr 1807 in Südpreußen. Alle Litthauer belebte damals nur ein Gedanke — der Gedanke an die Wiederherstellung Polens, und in Zeit von wenigen Monaten wurden mehrere vollständige Litthauische Infanterie= und Kavallerie=Regimenter gebildet.

„Nach der Katastrophe von 1812 — so fährt Herr v. B. fort — haben die Polen keinen Versuch gemacht, die Russische Armee von ihren Grenzen abzuhalten, vielmehr schickte der Polnische Adel Deputationen an den Kaiser Alexander, um ihn zu bitten, Polen unter seinen Scepter (soll heißen: unter seinen Schutz) zu nehmen. Alle Minister, mit Ausnahme von Stanislaus Breza, unterwarfen sich dem Kaiser von Rußland noch bevor Friedrich August sie ihres Eides entbunden hatte", d. h. mit andern Worten: Alle waren meineidig. Hier wissen wir wahrlich nicht, ob wir den Verf. der Beschränktheit oder der Verläumdung zeihen sollen. Wie war Polen im Jahre 1812 im Stande, die siegreiche, wenigstens 120,000 Mann starke Russische Armee in ihrem Marsche aufzuhalten?

*) Die Sclaverei — ja; aber die Leibeigenschaft, Unterthänigkeit wurde erst am 21. December 1807 durch die Warschauer Regierung aufgehoben.

Bedenkt man, daß damals die Gesammtbevölkerung des Herzogthums Warschau etwa 4 Millionen Seelen stark war, daß davon 90,000 Mann Polnische Truppen den Feldzug gegen Rußland mitgemacht hatten, daß kurz vorher in den Jahren 1807 bis 1812 das Herzogthum an einem blutigen Kriege mit Oesterreich hatte theilnehmen, und von Zeit zu Zeit frische Hülfstruppen nach Spanien senden, überdies mehr denn eine halbe Million Französ. und alliirter Truppen längere Zeit ernähren müssen, so wissen wir wahrlich nicht, auf welche Weise die Warschauer Regierung es hätte möglich machen sollen, in einem durch Kriege entvölkerten und durch Abgaben verarmten Lande eine siegreiche Armee von 120,000 Mann aufzuhalten! Ward es doch selbst dem Kaiser Napoleon schwer, in seinem großen, reichen, damals 45 Millionen Einwohner zählenden Frankreich eine neue Armee von 100,000 Mann herzustellen und nach Deutschland zu schicken!

Alle Minister — sagt Herr v. B. — mit Ausnahme seines Vaters, waren meineidig! Hat Herr v. B. nie etwas gehört von dem Kriegsminister Fürst Joseph Poniatowski, der bei Leipzig den Heldentod starb? Hat dieser sich etwa auch dem Kaiser Alexander unterworfen, bevor ihn der König von Sachsen seines Eides entbunden hatte? Und ist es Herrn v. Breza ganz unbekannt, wann der gelehrte Premierminister Stanislaus Potocki und seine Kollegen aus dem Auslande nach Warschau zurückkamen, um ihre Funktionen bei der neuen Regierung anzutreten? — Wenn die Polen 1812 den siegreichen Kaiser Alexander um seinen Schutz baten, wer darf das Wunder nehmen? Geschah dasselbe nicht 1806 und 1809 anderswo auch? Herr v. Breza, als Pole, als Sohn eines Polnischen Ministers, sollte doch wissen, daß diese Sendungen an den Russischen Kaiser auf dessen ausdrücklichen Wunsch — der wohl einem Befehle gleich zu achten war — statthatten! Weiß er es nicht, so kann er sich darüber aus Oginski's Memoiren belehren. Wenn am Schlusse seiner Schrift Herr v. Breza die Definition von einem Edelmanne giebt, so fügen wir derselben eine andere Definition aus dem 17ten Jahrhundert von dem berühmten Polnischen Jesuiten Mathias Bembus hinzu, welcher in einer Leichenrede sagt: „Edelmann ist derjenige, welcher edel denkt und handelt; Wappen und Geburt sind Staub und Spreu."

Wir können unsern Bericht nicht schließen, ohne noch die Bemerkung hinzuzufügen, daß es uns überrascht hat, in renommirten Deutschen Tagesblättern, z. B. der Augsburger Allgemeinen Zeitung, Herrn Eugen v. Breza mit den Beiworten „rühmlichstbekannt", „gelehrt" 2c. bezeichnet zu finden; welche Epitheten hat da wohl die Augsb. Allg. Ztg. für einen Humbold? — — —

Königsberg. — Am 18. d. M. Vormittags ward der deutsch-reformirten Burgkirchen-Gemeinde der Beschluß des Ministers Eichhorn mitgetheilt, in Folge dessen ihr Antrag, den Dr. Rupp als Hofprediger an der gedachten Kirche zu bestätigen, verworfen worden ist. Nachdem der Consistorialrath Dr. Sieffert eine durchaus gemäßigte Predigt über Ev. Matth. Cap. 9. V. 1—8. gehalten hatte, in welcher er eine Parallele der Jetztzeit mit jener, in der Christus lebte und lehrte, zog, trat der Hofprediger Gardin nach Beendigung des Gottesdienstes unter der Kanzel auf und erklärte: ihm sei der ehrenvolle Auftrag geworden, das von dem Minister Eichhorn im Auftrage des Königs erlassene Reskript über die Verwerfung des Dr. Rupp als Hofprediger der Gemeinde mitzutheilen. Er hoffe und glaube, daß dieser Beschluß der Mehrzahl ein angenehmer sein werde. Hierauf wurde das Rescript verlesen, in dem die Einwendungen der Burgkirchen-Gemeinde triftig widerlegt wurden, worin unter Anderm gesagt wird, daß Dr. Rupp nicht mehr von dem Consistorium beaufsichtigt werde, sondern der Staatsaufsicht anheimfalle; daß allerdings, wenn Dr. Rupp seine Erklärung vom 19. Januar c., durch die er das Gebiet der Evangelischen Landes-Kirche verlassen, faktisch widerrufen hätte, eine Aussicht dagewesen wäre, daß das Consistorium mit ihm wieder in Unterhandlungen trete, daß er aber durch seine Erklärung vom 10. Juli allen Aussichten unwiderruflich ein Ende gemacht habe. Schließlich wurde der Gemeinde bekannt gemacht, daß sofort zu einer neuen Wahl geschritten werden sollte, und daß Anmeldungen bis zum 2. November c. erfolgen müßten.

Vom Rhein. — Der nächste Landtag wird, wie wir hören, ein sehr heilsames Gesetz in Vorschlag bringen und zwar gegen den Kauf der Frucht, wenn sie noch auf dem Halme ist, so wie der Weinkrescenz. Die Käufe vor der Reife und Ernte tragen bedeutend zur Verarmung unserer Landleute bei. Spekulanten und Wucherer kaufen nämlich zu Spottpreisen von den Bauern, wenn sie in Noth sind, die Frucht auf dem Halme, so wie den Wein am Stocke, um sie nach der Ernte entweder zu viel höheren Preisen zu verwerthen, oder sie, wie in diesem Jahre liegen zu lassen, bis sie einen Preis erreicht, den der arme Mann nicht aufbringen kann. Die jetzige Noth hat das Mißverhältniß dieser Käufe recht ins klare Licht gestellt, denn wir haben Bauern, die, trotzdem sie viel gesäet haben, doch jetzt schon kein Korn zu Brot haben, ihre ganze Ernte ging vor der Reife in die Hände der Speculanten.

Koblenz. — Die kürzlich in unserm Nachbarorte Vallendar aus Veranlassung der Beerdigung einer protestantischen Leiche auf dem dortigen Kirchhofe stattgefundenen Auftritte, welche von Mühlheim aus berichtet worden sind, haben für den dortigen kommissarischen Bürgermeister eine sehr traurige Folge gehabt. Heute nämlich hat sich die Kunde hier verbreitet, daß demselbigen, weil er zur Beseitigung des Mißstandes nicht die gehörige Energie entwickelt und, gemäß einer von der Regierung dahier 1823 dem dortigen Bürgermeisteramte erlassenen Instruktion, die Beerdigung der Leiche durch den evangel. Pfarrer von Bendorf auf dem Kirchhofe zu Vallendar nicht durch alle ihm zu Gebote stehenden Mittel durchgesetzt, vielmehr nachgegeben, daß der katholische Kaplan von Vallendar die Beerdigung vorgenommen habe, von der Königl. Regierung sein Kommissorium entzogen und so die Verwaltung der Bürgermeisterei abgenommen worden sei.

Von der Mosel im Oktbr. (Düss. Z.) Es ist in dieser Gegend vielfach aufgefallen, daß ungeachtet der gesetzlichen Vorschrift, wonach ein Landrath Gutsbesitzer in seinem Kreise sein muß, für den Kreis Bernkastel ein Königl. Regierungs-Assessor definitiv zum Landrath ernannt worden ist, der freilich der Sohn eines hochstehenden verdienten Militairs, aber weder im erwähnten Kreise, noch überhaupt in der Rheinprovinz irgend mit Gütern angesessen ist.

Münster. (Köln. Z.) In Bezug auf die hiesige neu konstituirte Stadtverordneten-Versammlung sind augenblicklich Zustände eingetreten, welche ihre Thätigkeit vollständig hemmen. Der wiedergewählte Protokollführer, und sein Stellvertreter haben sich nämlich geweigert, ihre Aemter fortzusetzen. Der neu gewählte Vorsteher des Stadtverordneten-Collegiums ist somit außer Stande, dasselbe zu einer Sitzung einzuberufen, weil ohne Protokollführer vorschriftsmäßige Verhandlungen nicht stattfinden können.

Ausland.

Deutschland.

Hamburg am 23. Oktbr. Vorgestern wurde nach einem in der Michaelis-Kirche gehaltenen Gottesdienste, wo der Probst Nielsen die Predigt hielt, die Ständeversammlung in dem Rathhause Schleswigs eröffnet. Der Landtags-Abschied dankt im Eingange den Ständen für den Eifer, mit welchem sie in der letzten Diät für das Wohl des Vaterlandes gearbeitet hatten. Vorgelegt sind für die diesjährige Sitzung viele nicht unbedeutende Gesetz-Entwürfe. Dagegen sind von Dr. Gülich, von Peter Lüders, vom Obergerichtsrath Esmarch und vom Gerichtshalter Hansen Anträge niedergelegt: auf Trennung der Finanzen Dänemarks und Schleswig-Holsteins und auf Bewerkstelligung der Aufnahme Schleswigs in den Deutschen Bund. Zum Präsidenten der Versammlung wurde (mit 32 Stimmen) erwählt Herr Obergerichts-Advokat Dr. Beseler, zum Vicepräsidenten (mit 25 Stimmen) der Graf von Reventlow zu Jersbeck. Der Herzog von Augustenburg war gegenwärtig. Nach dem Schluß der Sitzung überreichten 39 aus Städten, Flecken und einzelnen Wahldistrikten abgeschickte Männer dem Präsidenten in Raven's Hôtel 48 Petitionen und der Letztere hielt eine höchst freisinnige Rede an das mit den Abgeordneten in dem Saale versammelte Volk. Das von Nachmittags 4 Uhr an in dem Gasthofe zum Baumhof bei der Wittwe Lorentzen gehaltene Diner (370 Gedecke), woran viele Mitglieder der Ständeversammlung und der Präsident selbst Antheil nahmen, glich bald auch äußerlich mehr einer Volksversammlung als einem Schmause, und hier wurden von den ausgezeichnetsten Männern beider Herzogthümer, wie Dr. Beseler, Dr. Gülich, Adv. Baudit, Adv. Claussen aus Kiel, Adv. Matthiessen aus Schleswig, Adv. Wiggers, Dr. Heiberg, Adv. Lorentzen aus Bredstedt, Dr. Lorentzen aus Kiel, Dr. med. Nap. Hansen, Dr. med. Steindorf aus Schleswig, dem Landmann Wolf aus Orsee, Hrn. Hirschfeld aus Großnordsee, Reden gehalten, wie sie in solcher Freiheit und Kräftigkeit der Gesinnung, aber auch mit solchem Geiste und Flusse der Rede, nach Aller Versicherung, noch nie in Schleswig-Holstein gehalten wurden. Bis tief in die Nacht hinein blieb man beisammen. Die Altstadt war, zum Theil sehr schön, illuminirt; so lebendig es im Saale herging, so vollkommen ruhig waren die übrigen Einwohner. Man durchzog zahlreich die Straßen, aber das gesammte Volk hat während aller Feierlichkeiten eine so würdevolle Haltung bewährt, daß ein Fremder mit Bewunderung desselben erfüllt werden mußte. An dem so zu sagen offiziellen Diner bei dem Regierungspräsidenten und Königl. Kommissarius, v. Scheel, haben 17 Mitglieder der Ständeversammlung Theil genommen. Der Herzog ist bei keinem von beiden Diners gegenwärtig gewesen.

Unter den hier angekommenen Fremden befindet sich Baron Pechlin, aus Frankfurt.

Rendsburg vom 22 Oktbr. Der gestrige Tag in Schleswig wird in der Geschichte unseres Vaterlandes Epoche machen. Es hatten sich Deputationen aus 39 verschiedenen Distriften eingefunden, um der Ständeversammlung Petitionen zu überreichen und so auch von hier eine, welche zwei, mit zahlreichen Unterschriften hiesiger Bürger und Einwohner bedeckte Petitionen dem Präsidenten der nach der Sitzung im Ständesaal im Ravens'schen Gasthofe gehaltenen Versammlung der Ständedeputirten überreichte. Die erste enthält den Wortlaut der am 14. d. M. in Neumünster verlesenen, leider dort nicht zu Stande gekommenen, allgemeinen Landes-Adresse, die zweite entspricht dem Entwurf der in Kiel von den dort versammelt gewesenen Holsteinischen Ständedeputirten angenommenen Adresse Holsteins an die Schleswigsche Ständeversammlung. Die Stimmung im Schleswigschen Volke, sowie unter den bei weitem größten Theile der Stände-Abgeordneten ist eine feste und entschiedene, von der wir das Beste erwarten dürfen. — Wir sehen mit Spannung der Schleswigschen Ständezeitung entgegen, die leider unter der Censur des Herrn von Scheel steht.

Aus dem südöstlichen Schleswig. Die Bewohner des Dorfes Uelsbye in Angeln haben der jetzt zusammengetretenen Schleswigschen Ständeversammlung nachstehende Adresse überreicht:

„An die hohe Ständeversammlung des Herzogthums Schleswig."

„Die Ereignisse der letzten Zeit, die das Gemüth eines Jeden bewegt und die

Aufmerksamkeit auch des Gleichgültigsten in Anspruch genommen haben, veranlassen uns, die unterzeichneten Bewohner von Uelsbye, an die hohe Schleswigsche Ständeversammlung nachstehende Erklärung und Bitte zu richten. Nach Allem, was uns zur Kunde gekommen, was die Nachforschungen ehrenwerther und erfahrener Männer uns gelehrt haben, ist es unsere feste Ueberzeugung: 1) das die Herzogthümer Schleswig und Holstein selbstständige Staaten sind; 2) daß die Herzogthümer Schleswig und Holstein für immer unzertrennliche Staaten sind; 3) daß der Mannsstamm allein in den Herzogthümern Schleswig und Holstein herrscht. Wir betrachten diese drei Sätze als die Haupt-Artikel der Rechte unserer Lande, die jedem Schleswig-Holsteiner als ein von den Vorfahren erworbenes und vererbtes Gut heilig sein müssen. Wir sind überzeugt, daß die hohe Ständeversammlung im Geiste dieser drei Artikel ihre Verhandlungen führen wird. Wir haben ferner die Einsicht erlangt, daß die schwankende staatsrechtliche Stellung unseres Landes unsere Deutsche Nationalität mit Gefahr bedroht und daß wir es uns selbst und unseren Nachkommen schuldig sind, unsere Nationalität aufrecht zu erhalten. Da wir nun Deutsche sind, sowohl der Sprache als der Denkungsweise nach, da alle unsere Wünsche und Beziehungen uns auf das Gesammtvaterland hinweisen, so sprechen wir die Bitte aus: „Die hohe Ständeversammlung wolle mit allen ihr zu Gebot stehenden Mitteln dahin streben, daß dem Herzogthum Schleswig durch eine engere Verbindung mit Deutschland eine gesicherte Stellung verliehen werde." Was endlich die übrigen Wünsche betrifft, die wir bereits in früheren Jahren ausgesprochen und die wir als allgemeine Landeswünsche betrachten, vor Allem den Wunsch nach Vereinigung der Schleswig- und Holsteinischen Ständeversammlung, nach Oeffentlichkeit der ständischen Verhandlungen, nach einer freieren Verfassung mit Steuerbewilligungsrecht, nach Preßfreiheit, so haben wir die Ueberzeugung, daß die hohe Ständeversammlung diese Wünsche stets im Auge behalten wird. Mit Erwartung, aber voll Vertrauen sehen wir den ständischen Verhandlungen entgegen. Ehrerbietigst (folgen die Unterschriften)."

Manheim. — Eine Verfügung des hiesigen Stadt-Amts legt den Herren Hammer, Mathy und v. Struve, desgleichen dem Hrn. Scholl, welche diesen Winter wissenschaftliche Vorträge halten wollten (Letzterer, um eine Familie aufzuhelfen, welche durch Verfolgung brodlos geworden war), die Verpflichtung auf, zuvörderst die Erlaubniß von Seiten des Großh. Ministeriums des Innern hierzu nachzuweisen.

Jena. — Schönbein's Schießbaumwolle ist auch hier in Döbereiner's Laboratorium nach Knop's Methode dargestellt, pyrotechnisch geprüft und als die wichtigste technische Erfindung dieses Jahrhunderts erkannt worden — als eine Erfindung, die kaum würdig genug belohnt werden könne. — Am 20sten v. M. wurde in einem Steinbruche ein sehr gelungener Versuch gemacht mit Baumwolle zu sprengen, und zwar in Tuffstein. Ein Block von 18 Kubikfuß mit $\frac{3}{4}$ Loth Baumwolle geladen, sprang in sieben Stücke; die Baumwolle war ganz lose nur in eine Papierhülse eingeschlagen.

Frankreich.

Paris, den 22. Oktober. Der National will erfahren haben, daß der Russische Geschäftsträger eine Note seiner Regierung an Herrn Guizot überreicht habe, worin das Kabinet von St. Petersburg erkläre, daß es die Veränderungen, welche Don Carlos und seine Kinder vom Spanischen Thron ausgeschlossen, stets als unrechtmäßig und allen Verträgen zuwiderlaufend betrachtet habe, daher auf eine Erörterung, die allein die letzten Heiraths-Vorgänge betraͤfe, nicht eingehen könne, daß es jedoch nach Empfang einer diplomatischen Depesche aus England, welche sich auf Vorbehalte gegen alle Vergrößerung des jüngeren Zweiges der Französischen Bourbonen beziehe, seine eigenen Vorbehalte denen Englands beizugesellen für angemessen erachte und sich eintretenden Falls verpflichtet fühlen würde, das Gleichgewicht unter den Europäischen Mächten den alten Verträgen gemäß aufrecht zu erhalten. So werde, bemerkt das obengenannte Blatt, die Lage für das Ministerium Guizot's immer schwieriger; man habe versucht, die Whigs zu stürzen, aber dies würde zu nichts helfen, selbst wenn es ausführbar wäre, da die Französische Regierung von den einflußreichsten Tories die bestimmtesten Versicherungen erhalten habe, daß dieselben in dieser Sache mit Lord Palmerston ganz einverstanden seien. Da also das Whig-Ministerium bleiben werde, so dürfte wohl Herr Guizot das Opfer sein müssen. In der That seien bereits Konferenzen zwischen England und dem Grafen Molé eröffnet, und man hoffe sich zu verständigen; es handle sich nur um ein paar neue demüthige Zugeständnisse von Seiten Frankreichs. Galignani's Messenger theilt diesen Artikel mit, unter der beigefügten Bemerkung: „Wichtig, wenn wahr."

Das Journal des Débats bemerkt über die Lage der Schweiz: „Obgleich wir, dem Himmel sei Dank, keine neuen Unordnungen in der Schweiz zu beklagen haben, so scheint doch die Lage dieses unglücklichen Landes immer trauriger zu werden. Gestern war hier in Paris das Gerücht verbreitet, daß Basel-Landschaft sich zu einem bewaffneten Angriffe auf Basel-Stadttheil rüste, und daß man erwarten müsse, nächstens die Nachricht davon zu empfangen. Auch die Freischaaren regen sich wieder. Eben so rüstet sich der Bund der sieben katholischen Kantone zum Widerstande. In Freiburg hat der Staatsrath Sicherheits-Maßregeln ergriffen. Man fürchtet, daß in diesem Kanton sich die Vorfälle erneuern, welche eben erst Genf mit Blut befleckt haben, denn die Radikalen sind daselbst zahlreich, und das Beispiel der Genfer hat eine gefährliche Aufregung hervorgerufen."

Dem Journal des Débats wird in einer Korrespondenz aus Madrid berichtet: „Bei den die beiden Spanischen Heirathen betreffenden Unterhandlungen hat Herr Guizot einen Beweis von Uneigennützigkeit gegeben, wovon Niemand gesprochen hat, den ich jedoch verbürgen kann, indem ich denselben aus einer glaubwürdigen Quelle habe. Die Königin von Spanien beeilte sich, indem sie eingewilligt hatte, ihren Vetter zum Gemahl zu nehmen, Herrn Guizot die erbliche Grandezza von Spanien mit dem Titel eines Herzogs von San-Antonio (der Herzog von Montpensier heißt Anton) anzubieten. Herr Guizot lehnte mit der stolzen Einfachheit seines philosophischen Charakters diese doppelte Auszeichnung ab und antwortete, wie man versichert, daß er, obwohl durchdrungen von Dankbarkeit für Ihre Majestät, dessenungeachtet nicht sehen könne, wie die politischen Grundsätze, die er vertheidige, für die Ehre dienen könnten, die man ihm erzeigen wolle; er fügte hinzu, daß er es vorziehe, den einfachen Namen Guizot zu behalten."

Aus Grenoble erfährt man, daß alle Spanischen Flüchtlinge, welchen das Departement des Gard zum Aufenthalt angewiesen war, in jener Stadt angekommen waren, wo sie bis auf weitere Befehle bleiben sollten.

Paris den 23. Okt. Die Französischen Prinzen werden Madrid Ende Oktobers verlassen, um nach Paris zurückzureisen. Der Herzog von Montpensier wird mit seiner Gemahlin einen Monat zu Paris bleiben und dann nach Brüssel gehen, woselbst der König und die Königin der Belgier dem jungen Ehepaare glänzende Feste vorbereiten lassen.

Dem Journal des Débats schreibt man aus Tunis vom 28. September, der Bey beabsichtige, sich am 15. Oktober einzuschiffen, um eine Reise nach Paris zu machen; der Bey habe, als er den General-Konsul Frankreichs von diesem Entschlusse in Kenntniß gesetzt, demselben bemerkt, daß, gerührt von der wohlwollenden Fürsorge des Königs und voll Dank für das Geschenk des Dampfschiffs „Dante", er dem Könige persönlich seine Erkenntlichkeit ausdrücken und ihn seiner Ergebenheit versichern wolle. Der Bey zeigte sodann dem Britischen Konsul, Sir Thomas Reade, seine Absicht an, sich auch nach London begeben zu wollen, um Ihrer Britischen Majestät persönlich seine Huldigungen darzubringen.

Bei einem Bankett, welches dem Minister Duchatel von seinen Wählern gegeben wurde, sprach dieser unter Anderem folgende Worte, die bei den gegenwärtigen Verhältnissen als beachtenswerth hervorgehoben werden: „Keine Besorgniß vor Krieg ist um uns vorhanden, und der allgemeine Friede ist den Interessen Aller und dem Fortschritte der Civilisation zu unumgänglich nöthig, als daß wir beim Genusse der Wohlthaten des Friedens in der Gegenwart nicht voller Sicherheit für die Zukunft wären."

Die atmosphärische Eisenbahn von St. Ouen hat nun das große Publikum eingeladen, ihren Probefahrten beizuwohnen. Jeden Donnerstag und Sonntag finden die Versuche statt, und es ist Jedermann erlaubt, daran theilzunehmen.

Die Manufakturisten zu Lille haben eine Demonstration zu Gunsten des Prohibitiv-Systems gemacht. Das Manifest gegen den freien Handel fand zahlreiche Unterstützung.

Mehrere Eisenbahn-Gesellschaften haben an die Akademie der Wissenschaften die Frage gestellt, was im Interesse der Sicherheit der Reisenden zu thun sei, wenn ein Zug von einem Gewitter überrascht werde; die Akademie der Wissenschaften möge entscheiden, ob man den Zug einhalten, in gleicher Schnelle weiterfahren oder die Schnelle mäßigen solle.

Spanien.

Madrid den 15. Okt. Wie man versichert, wird das Dekret zur Auflösung der Cortes am 20. d. M. erscheinen und die Versammlung der neuen Cortes in der Mitte oder gegen Ende Dezembers stattfinden.

Der Heraldo sagt im heutigen Blatte: „Es erscheint als gewiß, daß in den gestern und vorgestern stattgehabten Minister-Berathungen die Frage der Amnestie verhandelt und angenommen worden ist. Wenn wir gut unterrichtet sind, so wird die Amnestie für Militairs aller Grade vom Obersten abwärts und für die entsprechenden Kategorieen des Civilstandes vollständig sein und keine Ausnahmen enthalten. Für die Grade über dem Obersten behält die Regierung sich vor, Allen, deren Rückkehr nach Spanien keine Hindernisse im Wege stehen, die namentliche Amnestie, selbst ohne daß die Betheiligten sie verlangen, zu bewilligen. Wir glauben, daß das offizielle Blatt in der nächsten Zeit diese erfreuliche Nachricht mittheilen wird."

Großbritannien und Irland.

London, den 20. Oktbr. Ihre Majestät die Königin und Prinz Albrecht sind gestern Nachmittag von Windsor nach Cashiobury-Park zu einem mehrtägigen Besuche bei der verwittweten Königin abgegangen.

Die Ankunft des Lord Howard de Walden, Britischen Gesandten in Lissabon, scheint mit den dortigen politischen Ereignissen nicht in Verbindung zu stehen. Derselbe hat einen längeren Urlaub erhalten und begiebt sich auf seine Besitzungen in Jamaika. Herr Southern fungirt einstweilen als Geschäftsträger in Lissabon.

Die Morning Chronicle bringt heute in Uebereinstimmung mit den Denkschriften aus den Fabrik-Distrikten von Manchester, Sheffield und Huddersfield auf unverzügliche Oeffnung der Häfen für gänzlich freie Zulassung des Getreides und droht Lord John Russell mit Isolirung von der öffentlichen Meinung, wenn er sich nicht rasch zur Abschaffung eines Gesetzes entschließe, welches Angesichts einer Hungersnoth absurd erscheine. Die letzten Berichte aus den Fabrik-Distrikten scheinen das Whigblatt zu dieser Mahnung veranlaßt zu haben, denn

der gegenwärtige Zustand, sowohl der Baumwollen- und Seiden- und zum Theil auch der Wollen-Industrie in Manchester, Bolton, Bury, Nottingham, Heywood, Leigh, Middleton und anderen Orten wird als äußerst gedrückt dargestellt, überall stehe eine Kürzung der Arbeitszeit und des Tagelohns in Aussicht und sei auch schon zum Theil eingetreten.

Zu Trinidad wurde den 6. September während des Gottesdienstes ein starkes Erdbeben empfunden, das eine Minute anhielt und alle Glocken in Bewegung etzte. Den 13. wurde wieder ein Erdstoß verspürt, so daß ein Theil der Dreieinigkeits-Kirche einstürzte. Zu Dominika und auf einigen anderen Inseln richtete das Erdbeben und ein Orkan bedeutenden Schaden an.

Die Morning Post giebt an, daß Spanien den Englischen Inhabern seiner Bons die ungeheuere Summe von 78,649,675 Pfd. St. schulde; seit der jüngsten Wendung der Spanischen Angelegenheiten sei übrigens Lord Palmerston den Beschwerden der Bons-Inhaber zugänglicher geworden, und man glaube fest, daß er die Forderungen der Englischen Gläubiger nachdrücklicher, als seither geschehen, unterstützen werde.

Nach Berichten aus den Provinzen ist die Kartoffel-Krankheit lange nicht so verbreitet, als man ausgesgrengt hatte. Es ergiebt sich jetzt, daß in England die Vorräthe von guten Kartoffeln mindestens bis zu Ende des Frühjahrs für den Verbrauch ausreichen werden.

„Wir haben unsere Zweifel", meint der Examiner, „ob Professor Schönbein wirklich Entdecker der explosiven Baumwolle sei. So viel ist wenigstens gewiß, daß in den letzten 25 Jahren eine Baumwolle von unvergleichlich größerer Explosivkraft im Gebrauche war und daß sie der Stoff ist, aus dem Sir R. Peel besteht. Wäre ein ganzer Ballen Schönbeinscher Explosivwolle im Stande gewesen, die Tory-Partei in Atome zu zerschellen? Es ist schon recht gut, eine Büchsenkugel auf 150 Fuß durch acht Bretter zu treiben; allein was ist das gegen das Durchtreiben einer Getreide-Einfuhrbill durchs Oberhaus? Was will der Widerstand von Brettern im Vergleiche mit dem von Klötzen bedeuten, die für Sir R. Peel's Baumwolle nicht mehr wie Eierschalen waren? Sir R. Peel hat hat Zeit seines Lebens Alles in die Lüfte gesprengt, gespalten, zersplittert und Alles ohne ein Fünkchen Feuer, da das Baumwoll-Präparat bei niedriger Temperatur explodirt. Er hat das protestantische Uebergewicht gesprengt, hat seine Partei und hat das Schutz-System gesprengt. Was wäre auch in der Welt, das er nicht noch eines Tages sprengen sollte? denn er ist eine Kabinets-Petarde von explosiver Baumwolle, und der Gang seiner Natur ist auf Zerstörung gerichtet."

Der Standard äußert über die Verbindung mit Indien: „Zu einer Zeit, wo man der Konkurrenz zwischen den Routen über Marseille und Triest so große Wichtigkeit beilegt, und wo das Publikum zu dem Glauben gebracht zu sein scheint, daß wir unsere Indischen Posten entweder auf dem einen oder anderen Wege beziehen müßten, und daß unsere Postverbindung mit Indien abgeschnitten seyn würde, falls Krieg oder andere Umstände uns die Straßen durch Frankreich und Deutschland verschlössen, muß es wohlthuend sein, genau zu erfahren, was unsere Seefahrt in solchem Falle für uns leisten könnte. Dies ist jetzt durch eine Fahrt dargethan worden, welche das Dampfschiff „Ariel" von Southampton nach Malta gemacht hat. Es legte die ganze Strecke in der beispiellos kurzen Zeit von 8 Tagen 12 Stunden zurück, was nur einen Tag mehr beträgt, als die durchschnittlich zur Beförderung der Indischen Post von Malta über Marseille erforderliche Zeit. Wären uns also auch die Französische und Deutsche Route verschlossen, so würde der Unterschied für die Beförderung der Indischen Post, wenn man sich solcher Schnelldampfschiffe, wie der „Ariel", bedienen könnte, blos 24 Stunden betragen und also nicht von großer Erheblichkeit sein.

Schweiz.

Basel. — Die Ober-Postamts-Zeitung enthält nachstehendes Privatschreiben aus Basel vom 20. Oktober: „Wir stehen hier am Vorabend einer Revolution, denn da, der Verfassung und den Gesetzen zuwider, ein neuer Modus der Dinge eingeführt werden soll, so ist es Revolution, mag dieselbe auch noch so milde und leicht vor sich gehen. Seit mehreren Tagen finden verschiedene Zusammenkünfte von Männern aller Farben statt, und diese haben zum Zweck, jeden Zusammenstoß zu vermeiden; freilich sind es nicht gerade Männer von Charakter, aber recht ehrenwerthe Bürger, theils von mehrerer, theils von minderer Bedeutung; zur Stunde kann man noch nicht berechnen, wann und wie sie, nicht vor das Volk, sondern vor die Bürger treten und ihre Vorschläge bringen werden. Man will wesentliche Aenderungen in Verfassung und Verwaltung herbeiführen, allein während man mit dem Endergebniß bald fertig ist, stößt man auf die Schwierigkeit, durch wen denn die Aenderungen ausgeführt werden sollen; man findet keine Regierung. Die jetzige Regierung, seit der Käppi-Revolution im Grunde nur eine Verwaltungs-Behörde, soll fast ganz erneuert werden; gerade die weitersehenden und verdienstvollsten Mitglieder sollen entfernt werden; nur gegen einige will man noch gnädig sein, aber gerade von diesen wären zwei am entbehrlichsten. Die Regierung läßt die Sache gehen; sie wird; wie man hört, sich ganz passiv verhalten und abtreten, sobald man es verlangt; sie wird ihre Nachfolger nicht beneiden. Daß bei dieser Bewegung sich manche Eifersüchteleien, kleinlicher Ehrgeiz u. dgl. schon jetzt geltend machen, das versteht sich in der Schweiz immer von selbst, denn selten ist ein Revolutionsmann zu finden, dem es nur um das Prinzip, nicht auch um gewisse Nebenrücksichten zu thun ist. Noch muß ich bemerken, daß in diesem Sommer der Große Rath die Instruktion zur Tagsatzung, daß der Sonderbund keine illegale und kein Bedenken erregende, weil rein defensive Vereinigung sei, fast einstimmig angenommen hat; heute will Niemand mehr für seine Meinung einstehen und will nur den hervorstechenden Regierungsgliedern zu Lieb so gestimmt haben. Der nächste Zweck der Aenderung ist nun eine Aenderung im System, gegenüber der radikalen Schweiz, um von dort her nicht beunruhigt zu werden, fürs erste nur, um eine zwölfte Stimme gegen den Sonderbund zu geben, allein damit ist (abgesehen vom Unrecht, die Bahn des Rechts zu verlassen, und abgesehen von der Unklugheit, den Katholiken neue Waffen zu geben und neue Erfolge vorzubereiten) die Sache schwerlich abgethan; es können sehr ernste und sehr nachtheilige Folgen für uns und Andere daraus entstehen; der hiesige Handwerksstand muß gewärtigen, daß seine Zunftrechte geschmälert werden, der Einfluß des Radikalismus von außen wird im Allgemeinen sich fühlbar machen. Die Milizen sollen jetzt schon bei dem Gedanken, ausmarschiren zu müssen, stutzig werden u. dgl. m. Genug, die Folgen sind nicht zu berechnen, und sehr zweifelhaft ist es, ob die Zukunft Besseres bringen wird."

Zürich. Die Eidg. Ztg. meldet. „Wenn wir recht berichtet sind, hat es der Vorort abgelehnt, das neue Genfer Regiment anzuerkennen und dasselbe lediglich an die einzelnen Kantons-Regierungen und die Gesandten der auswärtigen Mächte verwiesen. Auch als Kantonal-Behörde scheint sich der Züricher Regierungs-Rath nicht sonderlich zu beeilen, die Revolution in Genf zu sanktioniren, indem bis jetzt wenigstens noch keine Antwort auf das Cirkularschreiben der provisorischen Regierung erfolgt sein soll."

Die N. Zürich. Ztg. sagt am Schlusse eines größeren Artikels: „Zu einem Auflösungs-Beschlusse des Sonderbundes ist die Tagsatzung verpflichtet, und wir hoffen, sie wird ihn fassen. Daraus folgern, daß sie künftig bundeswidrige Beschlüsse fassen werde, ist eine Vermessenheit, die guter Gründe ermangelt. Daß aber die zwölf Stände, welche einen Auflösungs-Beschluß fassen, ihn auch aufrecht halten werden, bezweifeln wir nicht. Daß die zwölf Stände keine kompakte Mehrheit in allen Dingen bilden, hängt wesentlich von den Gegnern ab. Je schroffer diese auftreten, je enger werden sich die zwölf Stände an einander anschließen. Der Sonderbund hat bereits die genfer Revolution veranlaßt; möge er nicht weiteres Unglück verschulden!"

Bern. In Folge der energischen Anordnungen wurde am 18. Oktober die Ruhe der Stadt ohne Blutvergießen aufrecht erhalten. Unterdeß rückte alles aufgebotene Militair an, so daß die Ruhe jetzt wohl nicht weiter gestört werden wird. Die Nachrichten aus der Stadt riefen auf dem Lande, wo man an wirkliche Gefahr für die Regierung glaubte, die größte Bewegung hervor. Von allen Seiten kamen am Sonntag Expresse, um der Regierung freiwillige Hülfe anzubieten, deren sie indeß nicht bedurfte.

Am 19. Oktober um 5 Uhr wurde die Circulation der besetzten Plätze wieder freigegeben. Es wrden starke Wachen und Piquets aufgestellt, und so verging die Nacht ganz ruhig. Heute rückten noch eine Compagnie Kavallerie und zwei Compagnieen Scharfschützen ein. Von einer politischen Bewegung, wovon die Berner Zeitung, der Verfassungsfreund ꝛc. sprechen, ist keine Rede. Die Anwesenheit des Alt-Schultheiß Neuhaus und Knechtenhofers soll Anlaß zu dieser Vermuthung gegeben haben. Noch einige Verhaftungen sind vorgenommen worden; Professor Müller und Jüß-Schmid sind noch in Haft, dagegen wurde Herr Alt-RR. Fetscherin gestern Mittags entlassen.

Der Regierungs-Rath hat die Errichtung allgemeiner Landbürgerwachen beschlossen; auch die Bürger von der Stadt, denen Ruhe und Ordnung am Herzen liegt, sind zur Bildung einer solchen eingeladen. Um auf jede Eventualität gefaßt zu sein und die sogenannte Reaction von Grund aus zu erdrücken, hat der Regierungs-Rath ferner die 3te und 4te Scharfschützen Compagnie (Oberländer) aufgeboten.

Der Volks-Verein von Aarwangen verlangt energisch die Wiederanstellung Wilhelm Snell's neben Professor Pfotenhauer, der ihn ersetzte.

Genf. Ein in der Lausanner Zeitung Le Courrier Suisse enhaltenes Schreiben aus Genf vom 11. Oktober sagt unter Anderem Folgendes: „Auffallend ist für Jeden, der mit dem Lausanner Dampfschiff anlandet, die hier herrschende Ruhe und Sicherheit. Ich erwartete nur düstere Gesichter und niedergeschlagene Leute, von Kugeln durchbohrte Häuser, Schreckens-Zurüstungen und Gewaltthätigkeiten zu sehen. Von allem diesen nichts! Genf steht sehr fest da nach diesem harten Zusammenstoß, und die jetzige Haltung der Leute, die sich gestern bekämpften, gereicht sicher beiden Parteien zur Ehre und wird ihnen Kraft geben, sich schnell von der großen Erschütterung zu erholen, die sie betroffen hat. Die Regierung zeigt sich sehr gemäßigt und scheint entschlossen, Lausanne nicht nachzuahmen und den Maßregeln, welche dieses nach dem 14. Febr. aufgestellt hat. Statt ihre Zuflucht zu Absetzung oder gezwungenen Beitritten zu nehmen, hat die provisorische Regierung die Beamten aufgefordert, ihre Amtsverrichtungen fortzusetzen. Statt sich mit einer Revolutions-Garde zu umgeben und durch dieselbe die Stadt in Schrecken zu erhalten, hat sie sich beeilt, die bewaffnete Volksmasse zu entlassen und an ihre Stelle die Milizen einzuberufen. Offenbar hat sie eingesehen, wie unendlich gefährlich es für ein Land ist, in immerwährendem Revolutionsrausch zu leben. Sie hat deswegen die Vaterlandsliebe angesprochen, und ihr Ruf wurde verstanden. Nicht allein haben sich die Milizen bereitwillig unter ihren Befehl gestellt, so daß dieselben Companieen, welche muthig den Aufruhr bekämpften, jetzt das Rathhaus bewachen; sondern auch die Bürger beider Parteien vereinigen sich und suchen das Geschehene der Vergessenheit zu übergeben. Die einzige Verordnung, welche mit diesem Zustand in Widerspruch steht, ist die-

(Beilage.)

jenige, welche den Mitgliedern der gefallenen Regierung die Kriegskosten zur Last legt.“

Freiburg. Das Fremdenbuch unserer Stadt wurde am 18. Oktober von der Polizei in mehreren Gasthöfen durchgesehen. Wir sind auf unserer Hut. Starke Posten besetzen die Thore der Stadt, und 4 Kanonen stehen vor dem Rathhause; der kommandirende Offizier darf die Batterie nicht verlassen, ausgenommen um zu essen; auch die Gendarmerie ist auf den Beinen. Dies Alles giebt den einsamen Straßen unserer Stadt ein lebhaftes Aussehen.

Belgien.

Brüssel den 22. Oktober. Aus Mailand vom 12. d. Mts. ist hier die Nachricht eingegangen, daß der König der Belgier, der sich einige Tage in der Lombardei aufgehalten habe, vom Comer-See gerades Weges nach Paris abreisen wollte.

In einigen Gemeinden der Bezirke von Mecheln, Brüssel und Tremonde ist die Ruhr in einer so tödtlichen Gestalt aufgetreten, daß in einer Gemeinde von 500 Seelen mehr als der fünfte Theil der Bevölkerung, nämlich 109 Individuen, gestorben ist. Der Moniteur versichert in seinem heutigen Blatt aber, daß diese Epidemie in den meisten Gemeinden bereits im Abnehmen sei, und daß nichts vernachlässigt worden, um dieselbe zu tilgen; den Armen habe es nirgends an ärztlicher Hülfe gefehlt; wo es nöthig gewesen, hätten die Regierung und die Provinzen mit Unterstützung ausgeholfen; die Mitglieder der Provinzial-Medizinal-Kommission seien beauftragt worden, die für nothwendig erachteten gesundheitspolizeilichen Maßregeln und ärztliche Pflege überall anzuordnen, die Aerzte der Orte, wo die Epidemie am meisten um sich gegriffen, seien versammelt worden, um sich über die Behandlung zu verständigen, und der Gesundheitspolizei-Inspektor habe sich von der Ausführung aller von der höheren Behörde verordneten Maßregeln überzeugen müssen.

Italien.

Bologna den 8. Okt. Zwischen den Dragonern und den Schweizern fiel vor einigen Tagen eine blutige Rauferei vor; letztere wurden mehrere Tage lang in ihrer Kaserne konsignirt.

Dänemark.

Kopenhagen den 19. Okt. Die Berl. Ztg. enthält heute das nachstehende Cirkular der Dänischen Kanzlei vom 15. Oktober an sämmtliche Königliche Kollegien und Ober-Behörden in Dänemark:

„In Folge der von Ihrer Königl. Hoheit der Kronprinzessin von Dänemark, Karoline Charlotte Mariane, geborenen Herzogin von Mecklenburg-Strelitz, wegen Ihrer seit mehreren Jahren fortwährenden Kränklichkeit und jetzt völlig zerrütteten Gesundheit geschehenen Bitte und auf deren Verlangen, und nachdem Se. Königl. Hoheit der Kronprinz, obwohl höchst ungern, endlich dieser Bitte nachgegeben, haben Se. Majestät der König, obwohl mit herzlichem Bedauern, unterm 30. September d. J. die zwischen Sr. Königl. Hoheit dem Kronprinzen Frederik Karl Christian und Ihrer Hoheit der Herzogin Karoline Charlotte Mariane von Mecklenburg-Strelitz unterm 10. Juni 1841 eingegangene Ehe gänzlich aufgehoben und aufgelöst.“

Rußland und Polen.

St. Petersburg, den 18. Oktober. Se. Majestät der Kaiser und Se. Kaiserliche Hoheit der Großfürst Thronfolger haben während ihrer Anwesenheit in Moskau sich am 12. Oktober zuerst in die uspenskische Kathedrale begeben und darauf den Bau des neuen Palais in Augenschein genommen. Dann besichtigte Se. Majestät die auf unbestimmten und Jahres-Urlaub im Gouvernement Moskau und den umliegenden Gouvernements sich aufhaltenden Militairs niederen Grades auf dem Theaterplatze und gab seine Zufriedenheit mit dem ausgezeichneten Zustande derselben zu erkennen. Später besuchten Se. Majestät und Se. Kaiserl. Hoheit das Katharinen-Institut, die Alexander-Schule und das Marien-Hospital. Am 13. Oktober ließ der Kaiser auf dem Theaterplatze die zweite Brigade der 16ten Infanterie-Division und das Borodinosche Jäger-Regiment des Großfürsten Thronfolgers die Revue passiren und bezeigte seine Zufriedenheit mit der in jeder Hinsicht vorgefundenen Ordnung.

Vermischte Nachrichten.

Posen den 27. Oktober. Wie wir vernehmen, haben unsere Stadtverordneten gestern eine außerordentliche Sitzung gehalten, um in Folge höherer Aufforderung für den zum zweiten Landtagsdeputirten gewählten Ober-Bürgermeister, Geh. Regierungsrath Naumann, welcher die gesetzlichen Bedingungen nicht erfülle, da er noch nicht — erst vom 7. Januar 1847 ab — im zehnjährigen Grundbesitz sich befindet, eine subsidiäre Wahl vorzunehmen. Zugleich war mit Beziehung auf eine gesetzliche Bestimmung vom Jahr 1824 bemerkt worden, daß die jüdischen Stadtverordneten von der Theilnahme an dem Wahlakte ausgeschlossen seien. Da in Folge dessen die letzteren vom Stadtverordneten-Vorsteher nicht mit einberufen worden, die Versammlung aber der Ansicht war, daß durch die späteren gesetzlichen Verordnungen, wodurch den jüdischen Bürgern mit den christlichen gleiche Rechte verliehen werden, die früheren beschränkenden Bestimmungen aufgehoben seien, so konnte die oben beregte Wahl nicht statt haben; es wurde vielmehr beschlossen, daß nach Verlauf der ordnungsmäßigen Frist, also nach 14 Tagen, ein neuer Wahltermin angesetzt, und die jüdischen Stadtverordneten dazu gleichfalls einberufen werden sollten.

⊙ **Posen** den 26. Okt. (Eingesandt.) Seit einigen Jahren sind hier am Orte die Preise des Brennholzes auf eine außerordentliche Höhe gestiegen und wir werden kaum erwarten dürfen, daß sie je wieder auf den alten Satz zurückgehen werden. Die bittern Folgen dieser Preiserhöhung fühlt jeder Einwohner. Der einzige Weg nun, diese Folgen zu mildern, ist der, ein anderes Feuerungsmaterial zu benutzen und zwar den Torf, der in der Umgegend Posens in bedeutender Masse zu finden ist und dessen Zufuhr sich bald vermehren wird, so wie nur größere Nachfrage entsteht. Wir empfehlen daher den Gebrauch desselben. Daß das Torfbrennen im Hause einen üblen Geruch verbreite, ist nur ein Vorurtheil, wenigstens hängt dies nur von der guten Einrichtung des Ofens ab; dagegen wird man dadurch zunächst eine sehr bedeutende Ersparniß erzielen und vielleicht durch die Konkurrenz des Torfes mit dem Holze die Preise des letzteren wieder herabdrücken. Nur einmal den Versuch gemacht! — Dann müssen wir beiläufig, wie schon im vorigen Winter geschehen, darauf aufmerksam machen, daß auf vielen, wenn nicht den meisten unserer Holzhöfe so schlechtes Maaß gegeben wird, daß oft reichlich ein Viertel oder ein Achtel am richtigen fehlt. Direkte Denunciationen sind nicht Sache eines Jeden, dagegen möchte vielleicht eine hin und wieder polizeilich vorgenommene Revision der Holzplätze, wobei man die erste beste zum Verkauf aufgestellte Klafter durch Umsetzen auf gleicher Erde nachmäße, wohl dahin führen, daß man nicht die theuern Holzpreise durch künstlich angebrachte Lücken noch mehr vertheuere. Eine Klafter soll gesetzlich eine gewisse Anzahl Kubikfuß Holz, und nicht die Hälfte Lücken enthalten, die man durch zwischen gelegte Knorren (die bekanntlich nicht zu den Kloben gerechnet werden können und dürfen) und kreuzweises Legen der Kloben erzeugt.

Stettin den 22. Okt. Daß die heute hier stattgefundene General-Versammlung der Stargard-Posener Eisenbahn-Gesellschaft eine sehr schwierige und kritische sein würde, war vorhergesehen worden, und hat sich auch in vollem Maße so erwiesen. Um dies näher zu erklären, bedarf es zuvörderst der Allegirung des Kardinalpunktes der vorigen General-Versammlung: des Beschlusses derselben, daß fortgebauet, jedoch eine dritte Einzahlung nicht eher eingefordert werden solle, als bis die Bewilligungen, die man vom Staate für diese Bahn zu erlangen hoffte, bekannt wären und hinsichtlich deren ein weiterer Beschluß gefaßt worden sei. Dann der Hinweisung auf die neue Verschlechterung der Geldverhältnisse, die inzwischen eingetreten, und auf die verschiedenen, sich mehr oder minder schroff gegenüberstehenden Parteien, welche sich unter den Betheiligten selbst gebildet hatten. Die bemerkenswertheste unter ihnen, schon in der vorigen Generalversammlung sich kundgebend, ist unfehlbar die, welche aus dem Umstande, daß die Bahn $\frac{1}{2}$ Million Thaler weniger zu stehen kommen wird, als der erste Aufruf zur Unterzeichnung angenommen, einen Rechtsgrund zur Aufhebung ihrer Betheiligung und Verbindlichkeit ableiten will, trotzdem bereits in der vorherigen General-Versammlung das Actien-Kapital (§. 6.) auf 5 Millionen festgestellt (reducirt) worden war. Da dieselbe nur den ersten Einschuß von 10 pCt. geleistet hatte, konnte sie in dieser Versammlung formell nicht repräsentirt sein. Dennoch wurde, Namens derselben, von einem Mitgliede der Versammlung ein neuer Protest zu den Acten gegeben und mitgetheilt, daß sie eine Klage auf Rückerstattung ihrer ersten Einzahlung von 10 pCt. bei'm hiesigen Stadtgericht eingereicht habe. Wie die Justiz darüber richten wird, muß natürlich abgewartet werden. Wie die Nachwelt darüber richten wird, kann, nach unserer Meinung, nicht zweifelhaft sein. Erklärlicher ist eine zweite Partei, welche sich ebenfalls, gleich jener, in Berlin gebildet hat, und von der in öffentlichen Blättern schon vielfach seither die Rede war. Ihr Streben sollte dahin gerichtet sein, entweder das Unternehmen ganz aufzulösen, unter der (freilich ganz irrigen) Vorstellung, dadurch mit einem mäßigen Verlust abzukommen und von jeder fernern Einzahlung befreiet zu werden, oder den Bau zu sistiren, um wenigstens Zeit zu gewinnen und einstweilen zu keiner neuen Einzahlung verpflichtet zu werden. Noch eine andere, ebenfalls in Berlin zu Hause, wollte weder das eine, noch das andere, wünschte aber vor Allem, daß der Staat die 80 pCt. seines gekauften $\frac{1}{7}$ Antheils (714,300 Rt.) des Baldigsten einzahle, um dadurch den übrigen Betheiligten eine Erleichterung in der Zahlung zu gewähren. Endlich haben wir derjenigen zu erwähnen, welche, vornehmlich hier in Stettin und in der Provinz zu Hause, entschlossen war, den Weiterbau der Bahn auf keine Weise leiden zu lassen, fernere Einzahlungen, nach Bedarf, zu machen und sich mit dem Staat über die Bedingungen seiner Betheiligung und Zinsgarantie bestmöglichst zu einigen.

Daß so heterogene Elemente in starke Konflikte mit einander gerathen mußten, ist leicht denkbar. Und so kam es denn auch. Die General-Versammlung, bald nach 9 Uhr begonnen, war erst gegen halb 3 Uhr beendigt, während dem nur über drei Fragen abgestimmt wurde, dagegen ein wirklich außerordentlicher Aufwand von Worten und Reden stattfand, begleitet von vielfachen, zum Theil sehr lauten Aeußerungen des Mißfallens und des Beifalls.

Die General-Versammlung wurde, der Hauptsache nach, dadurch eröffnet, daß der Verwaltungsrath von den Verhandlungen Kenntniß gab, die seit der letzten General-Versammlung mit den Staatsbehörden über die dem Unternehmen von Seiten des Staats zuzuwendenden Beneficien gepflogen worden. Diese Verhandlungen sind sehr mannigfaltig gewesen und haben finaliter zu dem Resultate geführt, daß der Staat, außer seiner Betheiligung am Actien-Kapital mit $\frac{1}{7}$, den Actien einen Ertrag von $3\frac{3}{4}$ pCt. garantirt, vorausgesetzt, daß sich mindestens $1\frac{5}{12}$ pCt. als Rente herausstellen, so daß der Staat mehr als $2\frac{1}{3}$ pCt. oder $2\frac{1}{3}$ Rt.

pro Actie nicht zuzuzahlen sich verpflichtet hält. Vom Verwaltungsrath und Direktorium wurde versichert und nachgewiesen, daß, trotz aller angewendeten vielfachen Bemühungen, ein noch Mehreres vom Staate zu erlangen, durchaus nicht möglich gewesen sei. Bestätigt wurde dies völlig von dem als Vertreter des Staatsinteresses anwesenden Herrn Präsidenten von Westphalen. Derselbe gab zu wiederholten Malen die positive Erklärung ab, daß der Staat auf keine Weise und unter keinen Umständen ein Mehreres zu gewähren gesonnen sei, und seine ausgesprochene Gewährung zugleich ausdrücklich an die Bedingung knüpfe, daß der Bau der Bahn weder sistirt, noch sonst durch die Actionaire aufgehalten, sondern ungesäumt fortgesetzt werde. Was blieb sonach den Actionairen zu thun übrig?

Nachdem noch der Baumeister der Bahn, Herr Regierungs Rath Hartwig, über die Fortschritte des Baues derselben die nöthigsten Mittheilungen gemacht hatte, woraus unter Anderem hervorging, das bereits 16 Meilen Planum vollständig fertig und im Frühling 1847 die Bahn bis Woldenberg, in 1848 die ganze Länge derselben bis Posen eröffnet werden könnte, wurde die Abstimmung darüber beantragt, ob man die Bewilligungen des Staats anzunehmen und demnächst das Statut so abzuändern gesonnen sei, wie es dieser Umstand und die vom Staat daran geknüpften besonderen Bedingungen erheischte. Hierauf erhoben sich nun zahllose Debatten, angeregt von der Partei, welche eine Sistirung des Baues oder Aufhebung des Unternehmens herbeiwünschte. Bedeutet wurde derselben, daß eine weitere Einzahlung, welche sie zu vermeiden wünschte, unter allen Umständen erfolgen müsse. Aus einer Berechnung, die der Baumeister vortrug, ging hervor, daß eine Aufhebung des Unternehmens ein Opfer von 1 Million 425,000 Rt., eine Sistirung des Baues ein gleiches von 499,000 Rt., als Zuzahlung zu dem schon gemachten Einschuß, den Betheiligten auferlegen würde, und daß ein mäßiger Aufschub in Einforderung einer neuen Zahlung nur dann zu ermöglichen sei, wenn fortgebaut werde, anderenfalls dieselbe aber ohne Verzug geschehen müsse.

Alles dieses sprach so klar durch sich selbst, daß Raum zu Diskussionen eigentlich kaum vorhanden war. Dennoch wurde von der letzterwähnten Partei unendlich viel vorgebracht, um darzuthun, daß es unmöglich sei, eine dritte Einzahlung herbeizuschaffen, daß eine noch weitere Beihülfe des Staats unumgänglich sei rc. Es fanden namentlich dabei gar viele Unterbrechungen und Aeußerungen des Mißfallens statt, worüber einer der Herren Redner sich beschweren zu müssen glaubte, indem er meinte, das Gastrecht werde dadurch verletzt. Offenbar konnte davon nicht die Rede sein, sondern nur davon, wie weit die Rechte des Einzelnen in der General-Versammlung gehen, und ob solche selbst dahin ausgedehnt werden können, daß man über Dinge zum Exceß spricht, die doch nicht zu ändern sind, und auf diese Weise die Verhandlungen auf's Höchste verschleppt, die Versammlung auf's Höchste ennuyirt. Gewiß war Niemand in der Versammlung, der nicht die gegenwärtigen traurigen Geldverhältnisse ziemlich oder ganz eben so gut kennt, als verschiedene Herren aus Berlin, die sich darüber ungemein weitläuftig ausließen. Indessen gehörte dieses Thema keinesweges hierher. Es konnte durch Erörterung desselben für die vorliegende Sache auch nicht das Geringste gewonnen werden. Und so dachte auch die Majorität, die, nachdem es endlich zur Abstimmung kam, mit 486 gegen 354 Stimmen beschloß, die vom Staate dargebotenen Benefizien anzunehmen, was einen Fortgang des Baues von selbst in sich schloß.

Weniger günstig gestaltete es sich mit einer zweiten Abstimmung: über die Frage, ob das Statut so abzuändern sei, wie es der Staat mit Einschluß der Gegenbedingungen, die seinerseits gestellt worden und genau vorgetragen wurden, verlange. Es erhob sich dabei zugleich eine Prinzipienfrage, die: ob nicht auch für die erstere Frage, wie es ausdrücklich für die letztere im Statut vorgeschrieben, eine Majorität von $\frac{2}{3}$ der Stimmen erforderlich sei. Diese Prinzipienfrage wird nur durch die Staatsbehörde entschieden werden können. Hier kann sie einstweilen nicht in Betracht kommen. Das Resultat der Abstimmung für die gedachte Abänderung des Statuts erfolgte mit 469 bejahenden gegen 341 verneinende Stimmen.

Endlich wurde noch eine dritte Frage zur Abstimmung gestellt, die eigentlich als überflüssig erschien, da sie von selbst aus dem Votum über die erstere hervorging. Es wurde nämlich darauf hingewiesen, daß in der vorigen General-Versammlung beschlossen worden sei, eine dritte Einzahlung nicht eher zu fordern, als bis eine neue General-Versammlung darüber entschieden hätte. Trotz vieler Widersprüche wurde dennoch zur Abstimmung auch darüber geschritten. Sie erfolgte mit 423 bejahenden gegen 347 verneinende Stimmen. — Daß durch alles dieses die Mehrzahl der Berliner Mitglieder am wenigsten befriedigt worden ist, bedarf nicht erst der Erwähnung. Auch hat ein Theil derselben einen Protest zu Protokoll gegeben, dahin lautend, daß sie sich an die Beschlüsse dieser Versammlung überhaupt nicht für gebunden zu halten glaubt. Wir werden hierauf, wie auf einiges Sonstige in einem folgenden zweiten Referat zurückkommen.

Der Red. d. Ztg. sind in diesen Tagen ein lebendiger Schmetterling, ein sogenannter Admiral, und ein lebendiger Maikäfer zugeschickt worden. Vielleicht sind das schon Frühlingsboten!
